

**Sitzung vom 09.09.2026**

**Frage Nr. 457 von Frau COLLING (ECOLO) an Ministerin KLINKENBERG zur Hitzewelle Sommer 2026 in der Deutschsprachigen Gemeinschaft**

---

Es gilt das gesprochene Wort!

---

Frage

Laut den Daten von Sciensano (Be-MOMO) führte die Hitzewelle vom 18. Juni bis zum 1. Juli 2026 zu einer Übersterblichkeit von 48,8 % mit insgesamt 1.747 zusätzlichen Todesfällen. Insgesamt stellt Sciensano eine statistische Übersterblichkeit von mehr als 3.000 Todesfällen fest. Auffällig ist, dass nicht nur ältere Menschen betroffen waren: Auch in der Altersgruppe der unter 65-Jährigen wurde eine deutliche Übersterblichkeit von 61,3 % festgestellt. Als wesentliche Faktoren werden die außergewöhnliche Dauer und Intensität der Hitzewelle sowie die hohen Ozonkonzentrationen genannt.<sup>1</sup> Der Sommer habe außerdem erhebliche Lücken im Gesundheitssystem offengelegt. Überhitzte Krankenhäuser, stark belastetes Pflegepersonal und zeitweise überforderte Notrufzentralen zeigten, dass Belgien auf häufiger werdende extreme Hitzeperioden nicht ausreichend vorbereitet sei.<sup>2</sup>

Diese Zahlen zeigen, dass extreme Hitze längst keine reine Frage des Komforts mehr ist, sondern eine konkrete gesundheitliche Gefährdung für breite Teile der Bevölkerung darstellt. Gleichzeitig müssen wir davon ausgehen, dass solche Hitzeperioden häufiger vorkommen und intensiver werden. Vor einem Jahr haben wir als Ecolo Fraktion schon einmal die Regierung nach dem Stand der Vorbereitungen auf Hitzewellen gefragt. Sie hatten zu diesem Zeitpunkt einen Hitze-Aktionsplan mit ganz konkreten Maßnahmen angekündigt. In der Zwischenzeit hat die Föderalregierung einen neuen interföderalen Hitze- und Gesundheitsplan bis zum nächsten Sommer angekündigt, und im Juni 2026 eine interministerielle Konferenz der Gesundheitsminister einberufen<sup>3</sup>. Die Minister der verschiedenen Regierungsebenen wollen im September 2026 erneut zusammenkommen, um an einem integrierten Hitzeplan zu arbeiten.

1. Wie bewertet die Regierung der DG die gesundheitlichen Auswirkungen dieser Hitzewelle auf die Bevölkerung der Deutschsprachigen Gemeinschaft?
2. Welche konkreten Maßnahmen wurden während der Hitzewelle in der DG ergriffen, um besonders gefährdete Menschen zu schützen?
3. Wie sollen in Zukunft der föderale Hitzeplan, die Maßnahmen der DG sowie lokale Hitzepläne der Gemeinden effizient ineinandergreifen?

---

<sup>1</sup> <https://www.sciensano.be/fr/coin-presse/la-surmortalite-durant-la-vague-de-chaaleur-du-mois-de-juin-2026>.

<sup>2</sup> <https://www.grenzecho.net/art/d-20260903-HK6H5D>

<sup>3</sup> <https://www.health.belgium.be/fr/actualites/2026-7-vague-chaaleur-2026-cim-sante-publique-tire-lecons-renforce-sa-preparation-aux-futures-vagues-chaaleur>

## Antwort

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,  
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,

abgesehen von den durch Sciensano bereitgestellten Daten zur Übersterblichkeit liegen uns aktuell keine konkreten Angaben zu den gesundheitlichen Auswirkungen der Hitzewelle auf die Bevölkerung vor. In den Auswertungen von Sciensano werden die Zahlen für die deutschsprachige Gemeinschaft bislang nicht gesondert ausgewiesen. Ich habe aber in der entsprechenden CIM darum gebeten, die DG in Zukunft gesondert zu berücksichtigen. Nach der ersten Hitzewelle teilte uns Sciensano auf unsere Bitte hin mit, dass im betrachteten Zeitraum 24 Todesfälle in der DG registriert wurden gegenüber 18,4 Todesfällen, die auf Basis des Durchschnitts der letzten fünf Jahre zu erwarten gewesen wären. Die absolute Zahl von 5,6 zusätzlichen Todesfällen scheint zunächst relativ gering. Gleichzeitig fällt die Abweichung im Verhältnis zum Erwartungswert deutlich aus und entspricht einer Übersterblichkeit von rund 30 %. Natürlich sind diese Zahlen aufgrund unserer begrenzten Bevölkerungszahl mit Vorsicht zu interpretieren. Bei kleinen absoluten Zahlen können bereits wenige zusätzliche Todesfälle zu großen prozentualen Schwankungen führen. Die Analysen von Sciensano sind noch nicht abgeschlossen. Es ist zu erwarten, dass der föderale Gesundheitsminister weitere Details bekannt geben wird, sobald die Auswertung abgeschlossen ist.

Seitens der Wohn- und Pflegezentren und der Krankenhäuser haben wir keine Rückmeldung zu verstärkten Problemen im Rahmen der Hitzewelle erhalten. Die uns bislang vorliegenden Zahlen zu den Sterbefällen in den WPZS der Deutschsprachigen Gemeinschaft sind noch nicht aussagekräftig, da sie für das aktuelle Jahr noch nicht die Zahlen aus den Monaten Juli und August umfassen. Die WPZS haben bis Ende September Zeit, um diese Zahlen einzureichen. Die Werte für den Juni 2026 unterscheiden sich nicht systematisch von denen der beiden Vorjahre. Sowohl in den Tagesstätten als auch in den Wohnheimen für Menschen mit einer Beeinträchtigung gab es nach meinen Informationen in den Monaten Juni, Juli und August 2026 keine Sterbefälle.

Während der Hitzewellen hat der Fachbereich „Integrierte Versorgung“ den Bürgern und den Einrichtungen im Gesundheits- und Sozialwesen spezifische Hinweise gegeben und sie auf zu ergreifende Vorsorgemaßnahmen während Hitzewellen hingewiesen. Informationen hierzu sind auch auf Ostbelgien live verfügbar.

Auf die ergriffenen und geplanten Maßnahmen in den Wohn- und Pflegezentren bin ich eben bereits in Beantwortung der Frage von Herrn Simar eingegangen. Die Befragung, die wir während der Hitzewelle bei den WPZS durchgeführt haben, hat ergeben, dass Hitzekonzepte mit abgestuften Präventionsmaßnahmen existierten und umgesetzt wurden.

und dass in den meisten Wohnheimen fest installierte oder mobile Klimaanlage vorhanden sind und größtenteils auch bereits passive Beschattungssysteme. Ebenso wurden Lüftungsanlagen eingesetzt, um Außen- und Zugluft abkühlen zu können. Das Personal hat viele Maßnahmen zur Unterstützung der Senioren ergriffen und z.B. Trinkpläne ausgearbeitet und engmaschige Trinkkontrollen bei gefährdeten Bewohnern durchgeführt. Auch wurden individuelle Maßnahmen zur Linderung der Belastungen durchgeführt, wie z.B. kühlende Wickel angelegt, kühlende Lotionen verteilt oder kühlende Waschungen durchgeführt. Dennoch möchte die Regierung, wie bereits eben erläutert, die Einrichtung weiterer gekühlter Räume und das Vorhandensein von internen Hitzeaktionsplänen fördern.

Die „Risk Management Gruppe“ wurde von der Interministeriellen Konferenz der Gesundheitsminister im Juli beauftragt, einen interföderalen Aktionsplan im Rahmen der Gesundheitsversorgung auszuarbeiten. Ziel ist es unter anderem, die Klimaresilienz von Gesundheitseinrichtungen zu stärken. Hitzeschutz ist aber in erster Linie eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe und betrifft zahlreiche Bereiche, insbesondere die Klima- und Umweltpolitik. Die Gesundheitspolitik muss sich mit Fragen der Prävention und den Folgen der Hitzewellen auf die Gesundheit der Menschen befassen, kann aber weder die Ursachen des Klimawandels beeinflussen noch die Maßnahmen zum Schutz aller betroffenen Personen ergreifen. Je nach Zielgruppe müssen gezielte Maßnahmen ergriffen werden, sei es in der Kleinkindbetreuung, in den Schulen, im Sport- und Freizeit- oder im Tourismus-Bereich.

In Bezug auf den Gesundheitsbereich sehen die Empfehlungen der Experten unter anderem vor, dass das Vorhandensein von Hitzeschutzmaßnahmen als Kriterium zur Gewährung von Zuschüssen für Um- und Neubauten festgelegt wird. Ergänzend dazu ist vorgesehen, Kriterien für die passive Kühlung zu prüfen und zu definieren und entsprechende Maßnahmen im Rahmen eines mehrjährigen Planes anzugehen. Ein weiteres Vorhaben ist der Aufbau einer Karte von kühlen Orten mit Mindeststandards, zu denen besonders vulnerable Bevölkerungsgruppen Zugang haben sollten. Das können Gebäude von öffentlichen Verwaltungen sein, die man der Bevölkerung im Falle von Hitzewellen zugänglich macht, aber auch Kultur-, Sport- oder Schulinfrastrukturen sowie Dorf- und Seniorenhäuser. Auf der Ebene der Deutschsprachigen Gemeinschaft ist mit Blick auf all diese Maßnahmen eine Koordination mit den Gemeinden geplant. Da dies nicht nur ein sektorenübergreifendes Querschnittsthema ist, sondern auch das Zusammenspiel von regionalen und kommunalen Maßnahmen erfordert, liegt die Koordination in der Zuständigkeit des Ministerpräsidenten, auch wenn die Empfehlungen aktuell im Auftrag der Gesundheitsminister von der Risk Management Group erarbeitet werden.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit!